

# **PRESSEINFORMATION**

**Anke Spoorendonk**

**Kiel, den 15.11.2001**  
**Es gilt das gesprochene Wort**

## **TOP 38 Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe (Drs. 15/1324)**

Über einige Dinge besteht glücklicherweise weitgehend Einigkeit: Wir wollen, dass Schulen verstärkt auch außerhalb des Unterrichts für die Kinder da sind, und wir wollen, dass die Jugendhilfe auch in den Schulen stattfindet. Wir wollen, dass die Menschen aus beiden Bereichen mit ihren unterschiedlichen Zielsetzungen gemeinsam daran arbeiten, den Familien eine verlässliche Betreuung zu bieten, ihnen möglichst gute Startchancen ins Leben zu sichern und individuellen und sozialen Problemen vorzubeugen. Allerdings scheint uns noch einiges zu trennen, was den richtigen Weg dorthin und den erforderlichen Mitteleinsatz betrifft.

Sozusagen das Minimum ist die Möglichkeit der Betreuung für alle Kinder außerhalb des Schulunterrichts. Die Eltern müssen sich zumindest darauf verlassen können, dass ihre Kinder nicht auf der Straße stehen und sinnvoll beschäftigt werden. Dieses ist bisher nicht flächendeckend gewährleistet, aber die Landesregierung hat mit ihrer neuen Förderung von Ganztagsbetreuungsangeboten für Haupt, Sonder- und Gesamtschulen zumindest einen weiteren Schritt in diese Richtung getan.

Allerdings meinen wir, dass mit 60.000 Mark und der Mindestanforderung von 2 Nachmittagen pro Woche kaum ein ausreichendes, pädagogisch sinnvolles Angebot gewährleistet werden kann. So lange dieses die Standards für die Ganztagesangebote sind, bleiben reine Jugendhilfeangebote wie Kinderhorte und Häuser der offenen Tür die bessere Alternative, weil sie pädagogisch ein besseres Niveau gewährleisten.

Die Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe kann Großes leisten, wenn es wirklich darum geht, die verschiedenen Zielsetzungen der beiden Bereiche miteinander in einem Konzept für die Kinder und Jugendlichen zu verbinden. Allerdings ist auch blauäugig, wer nicht erkennt, dass der Bereich der Jugendhilfe allein schon aufgrund der im diesem Bereich niedrigeren Gehälter und aufgrund der dort üblichen Praktiken - wie Ehrenamt, geringfügiger Beschäftigung und Honorarkräften - ein Vorwand für Kosteneinsparungen sein kann. Betreute Grundschule und Ganztagschule soll aber keine reine Aufbewahrung zum Billigtarif ohne ausreichend gesicherte pädagogische Qualität sein. Dann jedenfalls hat sie nicht die Überschrift verdient, unter der wir sie heute diskutieren. Das Ziel der Landesregierung, „*die präventive und entwicklungsfördernde Arbeit mit Kindern und Jugendlichen zu stärken*“ [Seite 6] ist damit kaum zu erreichen.

Das gilt allerdings auch für die Vorstellungen der CDU von der Ganztagschule. Schule und Jugendhilfe sollen einander nicht ersetzen, sondern ergänzen. Damit lassen sich Aufgaben bewältigen, die beide jeder für sich nicht erledigen können. Die erhofften Synergiewirkungen der Bereiche, die unterschiedlichen Sozialisationsleistungen von Schule und Jugendhilfe, lassen sich nicht durch eine in den Nachmittag

verlängerte Schule ersetzen. Die Vorstellungen der CDU von ganztägiger Schule nach französischem oder ähnlichem Strickmuster als Zukunftsmodell für unser Schulwesen teilen wir nicht. Denn die Ganztagschule trägt eben nicht genug dazu bei, die Kinder und Jugendlichen durch die besonderen Vorteile der Jugendhilfe zu fördern. Die Angebote am Nachmittag sollen etwas anderes sein als die Bildungsvermittlung im schulischen Sinn. Sie vermittelt andere Erfahrungen, bietet den Kindern andere Chancen, verfolgt andere Ziele und bringt die Kinder mit Erwachsenen in anderen Rollen als der von Lehrern und Schülern zusammen.

Die optimale Lösung liegt also dazwischen, ist ein pädagogisch wertvolles Angebot, das den Kindern eine optimale Freizeitgestaltung gestattet und den Eltern die Berufstätigkeit ermöglicht. Allerdings glaube ich nicht daran, dass solche Ziele sich mit den Förderrichtlinien der Landesregierung erreichen lassen.

Das gilt noch mehr, wenn die Angebote auch noch mit der Hoffnung verbunden sind, bestimmten Gruppen bessere Lebenschancen zu vermitteln - z. B. bei besonderen Bemühungen um die Integration von Kindern und Jugendlichen aus Einwandererfamilien. Gerade hier kann eine bessere Verzahnung und Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe etwas bringen. Aber gerade solche präventiven Projekte erfordern einen wesentlich höheren Mitteleinsatz, und hierzu fehlen im Bericht deutlichere Aussagen der Landesregierung. Wie will man sich zu solchen ambitionierteren Projekten verhalten, die hochwertige Integrationsarbeit leisten und im qualifizierten Dialog von Schule und Jugendhilfe Konflikte wie den problematischen Übergang von Schule in Berufsausbildung lösen wollen? Ich habe keine verbindlichen Antworten gefunden.

Aber nicht nur in solchen Punkten scheint eine gewisse Lücke zwischen allgemeinen Zielsetzungen der Landesregierung und ihren praktischen Handlungsempfehlungen zu bestehen. Einen Widerspruch zum erklärten Ziel der Chancengleichheit sehe ich auch darin, dass Kinder in Schulen in freier Trägerschaft offensichtlich gar kein Recht auf gesicherte Betreuungszeiten und pädagogische Förderung außerhalb des Schulunterrichts haben. Es ist wirklich schwer zu verstehen, dass die Förderung von Ganztagsangeboten durch die Landesregierung ausschließlich für Schülerinnen und Schüler in den öffentlichen, deutschen Schulen gelten soll. Sowohl die Kinder in den dänischen Schulen wie auch die in freier Trägerschaft werden hier schwer benachteiligt. Dafür gibt es kein inhaltliches Argument, sondern lediglich die Nöte des Finanzministers. Die kann man aber bestimmt nicht auf den Rücken der Kinder lösen. Damit schickt das Land leider abermals ein falsches Signal für diesen Bereich.

Die Zielsetzungen sind aber richtig. Nur durch eine bessere Verzahnung von Schule und Jugendhilfe ist eine effektive Vorbeugung und Bearbeitung von Problemen möglich. Sei es nun der Rechtsextremismus, das Schuleschwänzen oder die Probleme besonderer Gruppen, vor allem der Migrantenkinder: Nur wenn Schulpädagogen, Sozialpädagogen und andere kompetente Fachbereiche gemeinsam vorgehen, lassen sich bestimmte Probleme der Kinder und Jugendlichen erfolgversprechend angehen. Dazu muss man dann allerdings auch die entsprechenden Mittel bereitstellen. Unsere Kinder sollten es uns Wert sein.